

Interpellation Surber-St.Gallen vom 1. Dezember 2021

Faire Löhne für den Kanton St.Gallen

Schriftliche Antwort der Regierung vom 18. Januar 2022

Bettina Surber-St.Gallen erkundigt sich in ihrer Interpellation vom 1. Dezember 2021 ausgehend vom Entscheid der eidgenössischen Räte in der Wintersession 2020, dass als Folge der Covid-19-Pandemie für Löhne bis Fr. 3'470.– die Kurzarbeitsentschädigung 100 Prozent und nicht wie üblich 80 Prozent betragen soll, nach der Lohnsituation der Angestellten in Tieflohnbranchen. Insbesondere möchte sie erfahren, ob und inwiefern die Regierung Handlungsbedarf sieht in Bezug auf die Festsetzung von Mindestlöhnen für gewisse Branchen.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Das Thema Mindestlohn gab in der jüngeren Vergangenheit mehrfach Anlass zu vertieften politischen Diskussionen. In diesem Zusammenhang erwähnenswert ist einerseits die eidgenössische Volksabstimmung vom 18. Mai 2014 zur Einführung eines schweizweiten Mindestlohns, die im Kanton St.Gallen im Verhältnis von 18 Prozent zu 82 Prozent deutlich abgelehnt worden ist. Andererseits hat sich die Regierung in ihrer Antwort auf die Motion 42.18.06 «Armut trotz Arbeit verhindern – Einführung eines Mindestlohns im Kanton St.Gallen» ablehnend zur Einführung eines kantonalen Mindestlohns im Kanton St.Gallen geäußert. Damals zeigte sich unter anderem auch in der Eintretensdebatte im Kantonsrat klar, dass eine Akzeptanz für staatliche Eingriffe ins Lohngefüge privater Unternehmen im Kanton St.Gallen kaum vorhanden ist.

Aus Sicht der Regierung fällt die Bilanz der getroffenen Massnahmen zur Eindämmung der sozialen Folgen der Covid-19-Pandemie bedeutend positiver aus als von der Interpellantin dargestellt. Insbesondere das Instrument der Kurzarbeit erweist sich einmal mehr als sehr effektives Mittel im Kampf gegen Arbeitslosigkeit in wirtschaftlichen Krisenzeiten. Im April 2020 waren im Kanton St.Gallen zeitweise fast ein Drittel aller Beschäftigten zum Bezug von Kurzarbeitsentschädigungen angemeldet. Hätte es das Instrument nicht gegeben, wären Schätzungen zufolge schweizweit im zweiten Quartal 2020 rund 120'000 Stellen entfallen. Im Dezember 2021 veröffentlichte Zahlen des Bundesamtes für Statistik (BFS) zeigen zudem, dass sich die Pandemie entgegen früherer Befürchtungen bis anhin nicht negativ auf die Sozialhilfequote ausgewirkt hat. Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass jene Massnahmen, die Bund und Kantone zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie zur Verfügung stehen, ausreichen, um die gesteckten Ziele zu erreichen. Dazu gehören nebst der Ausweitung der Kurzarbeit die Unterstützung durch die Corona-Erwerbsausfallentschädigung und die Erhöhung der maximalen Bezugsdauer von Arbeitslosenentschädigungen um fünfeinhalb Monate.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Im Gegensatz zur Arbeitslosen- werden bei der Kurzarbeitsentschädigung die Leistungen an den Arbeitgeber ausgerichtet. Die Unternehmen, die Kurzarbeit beantragt haben, müssen ihren Arbeitnehmenden in der Regel 80 Prozent des Verdienstausfalls ordentlich und fristgerecht als Lohn auszahlen. Somit können aufgrund der Daten zur Kurzarbeitsentschädigungen keine Rückschlüsse auf die individuellen Auszahlungen an die endbegünstigten Arbeitnehmenden gezogen werden.

2. Weder das Kantonale Steueramt noch die Fachstelle für Statistik des Kantons verfügt über eine entsprechende Datengrundlage, welche die Löhne von im Kanton St.Gallen steuerpflichtigen Personen einschliesslich deren Anstellungsverhältnisse (Pensum und Anstellungsdauer) systematisch erfasst.
3. Im Kanton St.Gallen sind branchenspezifische Mindestlöhne in allgemein verbindlichen Gesamtarbeitsverträgen (aveGAV)¹ oder in einem Normalarbeitsvertrag (NAV) mit Mindestlohn geregelt. Zurzeit gibt es im Kanton zwei NAV mit Mindestlohn (NAV Hauswirtschaft und NAV Landwirtschaft). Für andere Branchen gelten Gesamtarbeitsverträge (GAV). Diese sind jedoch nur für Arbeitgebende verbindlich, die Mitglied der entsprechenden Berufskommission sind. Des Weiteren existieren Branchen mit Lohnempfehlungen, die für die Arbeitgebenden jedoch nicht verbindlich sind. Schliesslich existieren auch Wirtschaftszweige, für die keine Regelungen vorliegen.

Bei Branchen, die weder über einen NAV mit Mindestlohn noch einen aveGAV oder GAV verfügen, greift im Zusammenhang mit der Frage nach tiefen Löhnen Art. 360a des Obligationenrechts (SR 220; abgekürzt OR). Orts-, berufs- oder branchenübliche Löhne dürfen nicht missbräuchlich tief sein. Dies festzustellen ist Aufgabe der Tripartiten Kommission (TPK). Die Abteilung Arbeitsmarkt des Amtes für Wirtschaft und Arbeit stützt sich bei der Bestimmung der ortsüblichen Löhne auf die Daten des nationalen Lohnrechners.²

4. Die Regierung verweist in diesem Kontext auf ihre einleitenden Bemerkungen sowie auf ihren erwähnten Antrag zur Motion 42.18.06. Der Wirtschafts- und Arbeitsstandort St.Gallen steht in direkter Konkurrenz zu den anderen Kantonen sowie zum angrenzenden Ausland. Staatliche Regulierungen im Lohnbereich, die in den Nachbarkantonen nicht existieren, erachtet die Regierung als problematisch. Arbeitsplätze würden direkt gefährdet, wobei insbesondere jene Menschen einem Risiko ausgesetzt würden, welche die Interpellantin in erster Linie schützen möchte: Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger, Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger, wenig qualifizierte Menschen, Personen mit gewissen Einschränkungen und Langzeitarbeitslose.

¹ Die Übersicht über die aveGAV-Branchen ist auf der Website des Staatssekretariates für Wirtschaft (SECO) aufgeschaltet: https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Arbeit/Personenfreizugigkeit_Arbeitsbeziehungen/Gesamtarbeitsvertraege_Normalarbeitsvertraege/Gesamtarbeitsvertraege_Bund/Allgemeinverbindlich_erklaerte_Gesamtarbeitsvertraege.html.

² Abrufbar unter <https://entsendung.admin.ch/Lohnrechner/home>.